

Beschluss (vorläufig) 11. Aktive Beteiligung – Gefestigte Demokratie

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 11 Demokratie und Petitionen – Gegen Rechts

Text

1 Wir freuen uns, wenn sich Menschen beteiligen, engagieren und einmischen. Nur so
2 funktioniert unsere Gesellschaft. Demokratie lebt vom Mitmachen. Und Demokratie
3 ist das Fundament, auf dem unsere Werte und Rechte eines friedlichen und
4 gleichberechtigten Miteinanders gebaut sind. Sei es mit Hilfe von Petitionen,
5 anhand eines Ehrenamtes oder durch das Wählen selbst: Wir wollen eine Demokratie
6 der Vielfalt, in der alle Menschen mitreden können und niemand ausgeschlossen
7 wird.

8 Rechtes Gedankengut und Menschenfeindlichkeit sind dabei die größten Gefahren
9 für unsere Demokratie. Wir GRÜNE stehen deshalb auf gegen Rechts und sagen Nein
10 zu Hass und Hetze. Um unsere Demokratie zu schützen, brauchen wir eine starke
11 demokratische Zivilgesellschaft und gute politische Bildungsangebote. Wir wollen
12 deshalb die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken, die wichtige
13 Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und des Demokratiezentrum
14 weiter unterstützen und die Ehrenamtskarte als Dank für ehrenamtliches
15 Engagement noch mehr bewerben. So werden wir unsere Ziele umsetzen, Bürger*innen
16 aktiv zu beteiligen und die Demokratie zu festigen.

17 Politische Bildung stärken

18 Die Landeszentrale für politische Bildung ist das Herzstück der
19 Demokratiebildung in Rheinland-Pfalz. Wir GRÜNE wollen daher die Landeszentrale
20 stärken und ausbauen und die Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum, mit
21 Akademien, Schulen, Hochschulen und anderen Einrichtungen intensivieren. Durch
22 einen einfachen Zugang zu diesen Einrichtungen erreichen wir, dass Menschen
23 jeden Alters dieselbe politische Bildung genießen können. Durch
24 Sensibilisierungs- und Monitoringprogramme wollen wir Vielfalt und Diversität
25 auch im Landtag fördern.

26 Eine wesentliche Säule unserer politischen Bildung ist Gedenkarbeit. Politische
27 Teilhabe in einer starken Demokratie setzt informierte Bürger*innen voraus. Zur
28 politischen Bildung gehören deshalb auch Erinnerungskultur und
29 Gedenkstättenarbeit. Die Gräueltaten des Nationalsozialismus müssen in
30 Erinnerung bleiben. Wir GRÜNE wollen eine stärkere Vernetzung zwischen
31 Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten und setzen uns dafür ein, weitere
32 Gedenkorte zu erschließen. Nicht alle Facetten der NS-Zeit sind bereits
33 wissenschaftlich aufgearbeitet, gerade in lokalen Zusammenhängen werden die
34 Ausprägungen des Nazi-Regimes immer wieder für große Teile der Bevölkerung
35 nachvollziehbar. Wir unterstützen Bemühungen den 8. Mai als Tag der Befreiung
36 vom Nationalsozialismus zum Gedenktag und Feiertag zu erklären – als dauerhaftes
37 Zeichen unseres Gedenkens. Auch das reiche demokratische Erbe in Rheinland-
38 Pfalz, wie insbesondere die Mainzer Republik und das Hambacher Fest, muss
39 gepflegt werden, auch durch Bezug auf gegenwärtige demokratiegefährdende
40 Entwicklungen.

41 Mitbestimmung für alle

42 Wir GRÜNE setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Bislang
43 verhindert die Blockade der CDU eine Änderung der Verfassung und verweigert
44 somit jungen Menschen ihr Recht auf Mitbestimmung. Auch weitere Einschränkungen
45 des Wahlrechtes wollen wir abbauen: So machen wir uns stark für das Wahlrecht
46 auf Kommunal- und Landesebene für Menschen ohne deutsche beziehungsweise
47 europäische Staatsbürgerschaft.

48 Bürger*innen beteiligen

49 Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Element gelebter Demokratie. Vor Ort oder
50 auf Landesebene sollen alle durch qualitativ hochwertige Beteiligung mitgenommen
51 werden. Um Brücken zwischen Parlament und Bürger*innen zu bauen, sind
52 Begleitkreise mit gelosten Bürger*innen für konkrete Reformprozesse eine
53 Möglichkeit. Elementen der direkten Demokratie stehen wir offen gegenüber und
54 möchten die Hürden für Volksbegehren sowie Volksentscheiden absenken. Ein
55 wichtiges und niedrigschwelliges Beteiligungsrecht ist das Petitionsrecht. Daher
56 wollen wir erreichen, dass Petent*innen schon ab 1.000 Mitzeichnungen ein
57 Rederecht vor dem Petitionsausschuss erhalten. Für mehr Transparenz soll der
58 Petitionsausschuss bei diesen Petitionen öffentlich tagen.

59 Gemeinsam ehrenamtlich aktiv

60 Das freiwillige Engagement rheinland-pfälzischer Bürger*innen ist für einen
61 sozialen Zusammenhalt und eine starke Bürgergesellschaft unentbehrlich. Viele
62 Aufgaben unserer Gesellschaft sind ohne die Stärke der Zivilgesellschaft nicht
63 zu bewältigen, die Defizite erkennt, bei Problemen anpackt und zur Lösung
64 beiträgt. Menschen engagieren sich für Dinge, die ihnen wichtig sind und tragen
65 auf diese Weise sehr viel bei zum Gemeinwohl und zur Lebensqualität aller
66 Bürgerinnen und Bürger.

67 Es ist eine wichtige Aufgabe aller Verwaltungsebenen, das bürgerschaftliche
68 Engagement in all seinen Facetten zu unterstützen. Es ist uns ein Anliegen, dass
69 ehrenamtlich tätige Menschen die dafür nötige Qualifikation erwerben können,
70 Anerkennung erfahren, durch hauptamtliche Koordinierung unterstützt werden und
71 bei der Suche nach einer passenden Aufgabe Hilfestellung bekommen können.
72 Ehrenamt braucht Hauptamt, damit zivilgesellschaftliches Engagement dauerhaft
73 gestärkt wird.

74 Wir wollen die Gewinnung von Freiwilligen, ihre Qualifizierung und
75 Koordinierung, ihre Begleitung, Anerkennung und Absicherung ihrer Tätigkeit
76 durch geeignete Förderprogramme und die Einrichtung von weiteren
77 Freiwilligenagenturen unterstützen. Für die Ehrenamtskarte als Teil der
78 Anerkennungskultur wollen wir weitere Partner gewinnen. Die Angebote für
79 Freiwilligenjahre wollen wir für alle Altersgruppen ausbauen und insbesondere
80 die Werbung für das FSJ und FÖJ weiter unterstützen.

81 Klare Kante gegen rechte Hetze

82 Das Land, in dem wir leben wollen, ist bunt, offen und tolerant. Unser Ziel ist
83 ein friedliches und demokratisches Miteinander, geprägt von vorurteilsfreien
84 Begegnungen, von Toleranz und Offenheit. Unsere Stärke liegt in der Vielfalt.
85 Aus unserem Zusammenhalt schöpfen wir als Rheinland-Pfälzer*innen Energie gegen
86 spalterische Kräfte.

87 Die größte Bedrohung dieser Werte kommt von Rechts. Die Neue Rechte verbreitet
88 europaweit Menschenhass. Sie lehnt die Gleichwertigkeit aller Menschen ab und
89 versucht, ihr rassistisch geprägtes Weltbild zu verbreiten. Wozu
90 Menschenfeindlichkeit führen kann, haben die rassistischen, antisemitischen und
91 islamfeindlichen Anschläge der vergangenen Jahre gezeigt. Leider ist auch in
92 Rheinland-Pfalz die extreme Rechte aktiv. Dazu gehören unter anderem die
93 Identitären Bewegung, die AfD und deren Jugendorganisationen.

94 Die AfD und ihre Teilorganisationen zeigen bei Mitgliedern wie Funktionären
95 Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung. Wie wir auf
96 rechte und rechtsextreme Parteien reagieren, die sich gegen eine offene
97 Gesellschaft, Demokratie und Rechtsstaat stellen oder den Nationalsozialismus
98 relativieren, ist eine zentrale Frage unserer Zeit. Das Grundgesetz ermöglicht
99 den Ausschluss von verfassungsfeindlichen Parteien von staatlichen
100 Finanzierungen und steuerlichen Begünstigungen. Wir streben die Überprüfung der
101 Anwendbarkeit dieses Mechanismus bei der AfD an.

102 Kontinuierliche Prävention

103 Die grüne Strategie gegen Rechts ist ganzheitlich und reicht von
104 Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen bis hin zu Aussteigerprogrammen.
105 Auf Kommunal- und Landesebene gibt es bereits eine Vielzahl an Initiativen, wie
106 zum Beispiel das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz oder die mobile
107 Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
108 – m*power.

109 Menschenfeindliche und antidemokratische rechte Propaganda spielt sich heute
110 stark in den Sozialen Medien ab. Deshalb müssen insbesondere dort die Ressourcen
111 zur Verfolgung dieser Aktivitäten auf- und ausgebaut werden.

112 Wir GRÜNE wollen die Aufgaben der politischen Gewalt- und Extremismusprävention,
113 der politischen Bildung und der Antidiskriminierungsarbeit stärker bündeln. Wir
114 wollen eine gesicherte kontinuierliche Finanzierung für Projekte gegen Rechts
115 und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auf Bundesebene muss ein
116 Demokratiefördergesetz entstehen, damit sich eine wirkungsvolle und nachhaltige
117 Struktur für die Arbeit gegen Rechts entwickeln kann. Der Einsatz gegen
118 Rechtsextreme Ideologien sollte auch durch Anerkennung der Gemeinnützigkeit
119 gestützt werden. Der Kampf gegen Rechts ist eine dauerhafte Aufgabe. Wir GRÜNE
120 wollen dazu auch unseren finanziellen Anteil als Bundesland leisten.

121 Die konsequente Entwaffnung von Nazis und Reichsbürger*innen zählt auch zur
122 Strategie gegen Rechts. Wer Menschen hasst und die Bundesrepublik und ihre
123 Gesetze ablehnt, darf keine Waffen besitzen. Wir GRÜNE fordern daher, alle
124 Genehmigungen für Waffen und sprengstoffähnliche Materialien zu widerrufen und
125 Waffen und Munition sicherzustellen, die im Besitz von Nazis und
126 Reichsbürger*innen sind. Dafür brauchen wir eine Kontrolloffensive der
127 kommunalen Waffenbehörden und ein verschärftes Waffengesetz auf Bundesebene.

128 Die neue Rechte versucht, sich durch lose Strukturen unbemerkt zu machen und
129 die Verantwortung durch den Verweis auf „Einzeltäter“ von sich zu schieben. Wir
130 GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Sicherheitsbehörden den neuen
131 Erscheinungsformen von Rechtsterrorismus stärker Rechnung tragen.

132 Wir GRÜNE wollen den Menschen helfen, die vom rechten Hass betroffen sind. Dies
133 gilt auch für Kommunalpolitiker*innen und die engagierte Zivilgesellschaft, die

134 sich ehrenamtlich für unser aller Wohl einsetzen und immer wieder attackiert
135 werden. Wir haben bereits erreicht, dass der Schutz gegen üble Nachrede und
136 Verleumdung im Strafrecht auf Kommunalpolitiker*innen ausgeweitet wird. Diesen
137 Schutz wollen wir weiter ausbauen und auf Prävention setzen. Adressen von
138 politisch aktiven Menschen müssen noch stärker geschützt werden.

139 Gerade politisch aktive Frauen werden im Netz Opfer von sexualisierter Gewalt;
140 Antifeminismus ist Teil rechter Ideologie. Wir GRÜNE werden entschieden jedwedem
141 Hass im Netz und digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegentreten. Wir
142 unterstützen deshalb Initiativen zur strafrechtlichen Verfolgung von
143 Hasskommentaren. Dafür müssen Strafverfolgungsbehörden beispielsweise durch
144 Fortbildungen noch stärker für sexualisierte, digitale Gewalt sensibilisiert
145 werden.

146 Rechtes Gedankengut raus aus Behörden

147 Wir GRÜNE kämpfen nach wie vor dafür, dass keine rechte Partei im Landtag und in
148 der Kommunalpolitik vertreten ist. Zudem darf es keine Anhänger*innen mit
149 rechtem und demokratiefeindlichen Gedankengut im öffentlichen Dienst geben –
150 weder in den Gremien der Landesverwaltung noch in den Sicherheitsbehörden oder
151 der Justiz. Dazu werden wir weitere rechtliche Möglichkeiten im
152 Landesdisziplinargesetz prüfen. Darüber hinaus brauchen wir – neben einem
153 internen Prozess – eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung zu rechten
154 Einstellungen bei der Polizei. Diese Studie kann uns wichtige Hinweise für
155 zielgerichtete Prävention bei der Polizei liefern. Für Kommunen wollen wir ein
156 neues Förderprogramm Kommunen ohne Rassismus – Kommunen mit Courage starten.

157 Rassismus aktiv verlernen

158 Rassismus fängt in den Köpfen der Menschen an. Bereits in jungen Jahren werden
159 Vorurteile erlernt. Dabei hat Sprache einen entscheidenden Einfluss auf das
160 Denken der Menschen. Deswegen wollen wir erreichen, dass der Begriff „Rasse“ aus
161 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung verschwindet. Es gibt keine Rassen,
162 sondern nur Menschen. Wir werden eine Formulierung suchen und finden, die aktiv
163 vor Diskriminierung schützt. Mit einer sprachlichen Anpassung in der Verfassung
164 ist das Problem aber nicht gelöst. Wir müssen Rassismus aktiv verlernen. Dafür
165 werden wir bestehende Programme gegen Rassismus stärken und ausbauen. Bisher
166 wurde in Rheinland-Pfalz zu wenig zu diesem Thema geforscht. Deshalb halten wir
167 einen in regelmäßigen Abständen erarbeiteten wissenschaftlichen Bericht über
168 Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Rheinland-Pfalz für
169 unbedingt erforderlich.